

Der Staat und die Kirchen

Kein Konsens in Sicht

Claude Molinaro

Im Oktober vorigen Jahres hatte eine Expertengruppe einen Bericht über das Verhältnis des Staates zu den Glaubensgemeinschaften vorgelegt. Kultusminister François Biltgen hatte gestern zu einem öffentlichen Seminar in die Handelskammer eingeladen, wo alle interessierten Parteien ihre Meinung dazu sagen konnten.

Gehört eine Referenz an die Religionsfreiheit in die Verfassung? Ist das System der Konventionen für Glaubensgemeinschaften gut, so wie es ist, oder wäre es besser, ein anderes zu übernehmen? Ist ein allgemeiner Werteunterricht besser als ein Religionsunterricht?

Vertreter fast aller in Luxemburg vertretenen Glaubensrichtungen waren der Einladung des Ministers gefolgt, um den Experten noch einmal ihren Standpunkt zu diesen Fragen darzulegen.

Im Laufe der Diskussionen wurde klar, dass sich in all diesen Fragen zwei verschiedene Weltanschauungen gegenüberstehen. Für Jean-Paul Lickes, Vertreter der „Allianz von Atheisten, Humanisten an Agnostiker“ (AHA), ist Religion eine Privatsache.

Es sei evident, dass jeder Mensch das Recht habe, zu denken und glauben, was er wolle. Die Verfassung sei jedoch ein allgemeiner Rahmen. Spezielle Referenzen zu Religionsgemeinschaften könnten in speziellen Gesetzen aufgeführt werden.

Ein Vertreter der islamischen Gemeinschaft sagte, dass er im Prinzip auch nicht die Notwendigkeit sehe, Religionsfreiheit in die Verfassung einzuschreiben, da diese im Prinzip die Gleichheit vorm Gesetz garantiere. Allerdings werde seine Gemeinschaft in der Praxis oft diskrimi-



Das Interesse an der öffentlichen Diskussion rund um die Glaubensgemeinschaften war groß

niert. Aus diesem Grund befürwortete er eine Referenz in der Verfassung. Dieser Meinung war auch Christopher Lyon von der anglikanischen Kirche: Religion habe schließlich eine soziale Bedeutung.

Auch bei der Frage über die Finanzierung der Glaubensgemeinschaften bildeten sich die gleichen Lager. Die Vertreter der Religionsgemeinschaften sprachen sich für eine Weiterführung des Konventionensystems aus. Für die meisten „kleineren“ Gemeinschaften in Luxemburg sei es ein System, das es ihnen überhaupt ermögliche, zu funktionieren. Die muslimische Gemeinschaft forderte indessen noch einmal ebenfalls eine Konvention. Jean-Luc Karleskind, Vizepräsident der Shoura (der islamischen Gemeinschaft in Luxemburg), betonte, dass diese Frage von den

politischen Autoritäten verschleppt werde.

Eine Frage der Repräsentativität

AHA vertritt auch in dieser Sache eine diametral entgegengesetzte Position. Das System gehöre abgeschafft. Da von den Konventionen aber auch die Gehälter abhängen, könne man sich ein Übergangssystem vorstellen, um Entlassungen zu vermeiden. AHA sei nicht grundsätzlich gegen eine öffentliche Finanzierung der Religionsgemeinschaften. Es müsse aber ein Verteilungsschlüssel gefunden werden, welcher der Repräsentativität der jeweiligen Glaubensgemeinschaft Rechnung trage.

Es möge zwar stimmen, dass al-

le Religionsgemeinschaften für die Beibehaltung des Systems seien, man müsse aber bedenken, dass zwei Drittel der Bevölkerung eine klare Trennung von Kirche und Staat befürworten, sagte Jean-Paul Lickes.

Die gleichen Lager bildeten sich bei der Frage nach dem Religionsunterricht in der Schule. Während Lehrgewerkschaften auf die Herausforderung von gemeinsamen Werten hinweisen, betonen die Kirchen die Bedeutung der unterschiedlichen Kulturen und Traditionen. Man wolle ja auch nicht eine einzige Schuluniform für alle Schüler.

François Biltgen betonte, dass man keine Schlussfolgerungen aus dieser Gesprächsrunde ziehen werde. Eine Zusammenfassung der gestrigen Konferenz werde dem zuständigen Parlamentsausschuss übergeben.

Konferenz

„Es gibt Alternativen!“

Es gibt Alternativen zur Sparpolitik. Ein Beispiel liefert der DGB mit seinem Vorschlag für einen „Marshallplan“ für die EU. Ein soziales Europa sei möglich. Um diese Ideen dem Publikum vorzustellen, lädt der OGBL in Zusammenarbeit mit der FNCTTFEL zu einer Konferenz ein, anlässlich derer Dr. Mehrdad Payandeh die Vorschläge des DGB für ein Konjunktur-Programm für Europa vorstellen wird.

Die Konferenz findet statt am morgigen Donnerstag, dem 7. März, um 18.30 Uhr im „Casino syndical“ in Bonneweg.

Verhaltenskodex

Der gläserne Parlamentarier?

Ein Verhaltenskodex soll den Parlamentarier in Zukunft transparenter machen. Nebeneinkünfte und Nebenaktivitäten müssen offengelegt werden. Nach der umstrittenen Livange-Wickranke-Affäre hatte das Parlament im vergangenen Jahr eine Resolution angenommen, die die Einführung eines Verhaltenskodex für Abgeordnete forderte.

Die Parlamentskommission für Institutionen sammelte verschiedene Verhaltenskodex-Modelle aus dem Ausland. Als Grundlage für den nun vorliegenden Entwurf wurde der Verhaltenskodex für EU-Parlamentarier zurückbehalten. Gestern trafen sich die Ausschussmitglieder, um den Entwurf zu erörtern.

Ob der Verhaltenskodex auch eingehalten wird, wird von einem fünfköpfigen, unabhängigen Ausschuss überwacht. Seine Mitglieder dürfen dem Parlament nicht angehören. Der Ausschusspräsident wird von den fünf Kommissionsmitgliedern gewählt. Der Kodex sieht ein „Frühwarnsystem“ vor, um mögliche Interessenskonflikte zu vermeiden. Befindet sich ein Abgeordneter in solch einer Situation, muss er sofort Gegenmaßnahmen einleiten. Kann der Betreffende den Interessenkonflikt nicht lösen, muss er sich an den Präsidenten des beratenden Ausschusses widmen.

Fragebogen

Der Parlamentarier muss in einem Fragebogen alle Nebeneinkünfte offenlegen. Obwohl diese Regelung bereits existierte, wird sie nun ergänzt und verschärft. Auch ist es einem Abgeordneten untersagt, im Interesse von Drittpersonen zu handeln. Im Zusammenhang mit der Ausübung ihres Amtes erhalten Parlamentarier ab und zu Geschenke. Letztere müssen abgelehnt werden, wenn der Wert des Geschenks über 150 Euro liegt. Andere Vorteile wie z.B. bezahlte Aufenthalte oder Flüge, die dem Parlamentarier von Drittpersonen angeboten werden, müssen dem beratenden Ausschuss mitgeteilt werden.

Hält ein Parlamentarier den Verhaltenskodex nicht ein, kann er vorläufig aus dem Abgeordnetenhaus ausgeschlossen werden und muss auf seine Diät verzichten. Wird ein Regelverstoß, welcher strafrechtliche Folgen haben kann, festgestellt, wird die Staatsanwaltschaft eingeschaltet. Die Strafe wird dann in einer öffentlichen Sitzung ausgesprochen.

ona/Tageblatt.lu

Eine gute Ausbildung wird immer wichtiger

Die Industrie braucht hoch qualifizierte Mitarbeiter

Michelle Cloos

Die Luxemburger Industrie schafft weiterhin Arbeitsplätze. Doch sie braucht immer mehr Angestellte mit einer technischen Ausbildung auf hohem Niveau. Diese Entwicklung birgt die Herausforderung einer angepassten schulischen Formation.

Die achte Befragung von Unternehmen in den Bereichen Industrie und Bau hat ergeben, dass diese Bereiche mehr denn je auf gut ausgebildete Arbeitskräfte angewiesen sind.

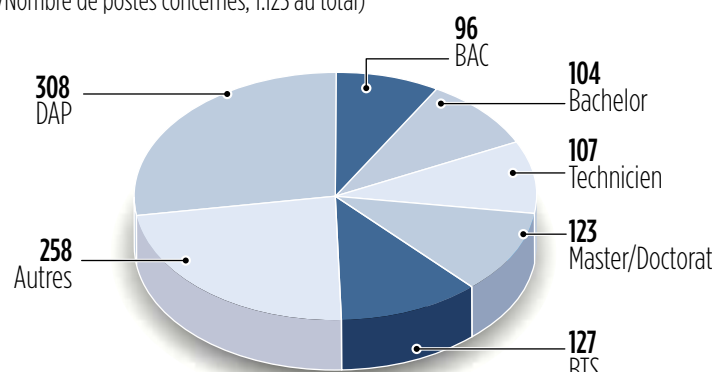
Die Zielsetzung dieser Untersuchung der Industriellenvereinigung Fedil ist doppelt. Einerseits soll sie den Schülern einen Überblick über den Arbeitsmarkt bieten und ihnen bei ihrer Orientierung helfen, andererseits soll sie den öffentlichen Institutionen die nötigen Informationen liefern, um die benötigten Ausbildungen anzubieten. „Es handelt sich also um eine präventive Aktion gegen die Arbeitslosigkeit und die Jugendarbeitslosigkeit“, erklärte Fedil-Direktor Nicolas Soisson. Arbeitsminister Nicolas Schmit sagte, die Befragung ermögliche es, mit dem falschen Vorurteil aufzuräumen, die Industrie sei eine Aktivität von gestern. Um den Industriestandort



Minister Nicolas Schmit (l.) und Nicolas Soisson (Fedil)

Les niveaux de formation: des exigences élevées

(Total/Nombre de postes concernés, 1.123 au total)



Quelle: Fedil

Grafik: Tageblatt/Anja Wandrey

Luxemburg abzusichern und zu stärken, müssten die benötigten, hoch qualifizierten Mitarbeiter aber auch ausgebildet werden. Denn in den Bereichen Verwaltung, Management und Handel werden mittlerweile vor allem BTS-Abschlüsse (22,8%), Bachelor (23,8%) oder Master-Diplome (20,8%) gesucht. Bei den technischen Berufen sollte es am besten ein DAP (33,9%) oder ein Master-Abschluss (22%) sein.

An der qualitativen Umfrage beteiligten sich 146 Betriebe, die in den nächsten zwei Jahren voraussichtlich 1.123 Personen einstellen werden. 62 Prozent dieser Stellen werden neu besetzt, 32 Prozent der Posten sind neue Arbeitsplätze.

Als Schlussfolgerung ergibt sich, dass die industrielle Berufsausbildung weiter ausgebaut werden soll. Beschäftigungsminister Nicolas Schmit erklärte, dass die EU-Länder, die weniger Jugendarbeitslosigkeit haben, viele junge Menschen in eine Lehre schicken. Um dies auch in Luxemburg zu ermöglichen, müssen alle beteiligten Akteure verstärkt kooperieren und die Industrie und die Schulen näher aneinander gebracht werden. Eine Idee ist die Schaffung eines Ausbildungszentrums für die Industrie in Differdingen, die sich laut Schmit auf gutem Weg befindet.